

Niederschrift
über die Mitgliederversammlung der Vereinigung der hauptamtlichen
Bürgermeister und Landräte in Schleswig-Holstein e.V. am 12. Juni 2008
im großen Sitzungsraum der Fa. Dodenhof in Kaltenkirchen

Nr. 7

Beginn: 10.00 Uhr
Ende: 12.30 Uhr

Anwesende: siehe beigefügte Teilnehmerliste – Anlage 1

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

1. Begrüßung

Der Vorsitzende begrüßt die Gäste, den neuen Geschäftsführer des Unternehmens, die Presse sowie die zahlreich erschienen Mitglieder. Er dankt dem Unternehmen für die ausgesprochene Einladung und die Bewirtung.

Der Geschäftsführer, Herr Hansen, begrüßt die Teilnehmer der Veranstaltung, geht auf die Entwicklung des Unternehmens am Standort Kaltenkirchen ein und erläutert die derzeitigen Baumaßnahmen im Hause.

2. Genehmigung der Niederschrift der MV vom 31.Mai 2007

Einwendungen werden nicht erhoben. Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht des Vorsitzenden

Der Vorsitzende gibt einen Bericht über die Veranstaltungen, Gespräche mit dem Innenminister, den Landtagsfraktionen und Kommunalen Spitzenverbänden und geht insbesondere ein auf die besondere Stellung der Verwaltungschefs in der Öffentlichkeit und im Verhältnis zu den kommunalen Gremien. Er macht deutlich, dass die Position der Bürgermeister und Landräte gestärkt werden müsse und die Vereinigung sich dieser Aufgabe auch in Zukunft stellen werde. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die vom Vorstand vorbereiteten Anträge zum TOP 4. Der Bericht ist als Anlage 2 beigefügt.

4. Anträge

4.1 Stimmrecht im Hauptausschuss

Der den Sitzungsunterlagen beigefügte Antrag des Vorstandes wird von Thies Thiessen erläutert. Der Beschlussvorschlag lautet:

Die Vereinigung fordert die Landesregierung und den Landtag auf, § 45 a II GO und § 45a II KrO in der Weise zu ändern, dass die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister bzw. die Landrätin oder der Landrat bei allen Entscheidungen des Hauptausschusses stimmberechtigt ist.

Dem Beschlussvorschlag wird nach kurzer Diskussion bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mit Mehrheit zugestimmt.

4.2 Spenden-/Sponsoringregelung in der Kommunalverfassung

Der den Sitzungsunterlagen beigefügte Antrag des Vorstandes wird von Rüdiger Blaschke erläutert. Der Beschlussvorschlag lautet:

Die Vereinigung fordert die Landesregierung und den Landtag auf, die Gemeindeordnung und die Kreisordnung des Landes Schleswig-Holstein um eine Regelung hinsichtlich der Einnahmebeschaffung zu ergänzen, wonach die Einwerbung und Entgegennahme von Spenden und Sponsoring durch die Bürgermeisterin/den Bürgermeister bzw. die Landrätin/den Landrat zu Gunsten der Gemeinde/des Kreises oder Dritter im Rahmen eines noch zu definierenden Verfahrens nicht mehr dem Risiko einer strafrechtlichen Ahndung gem. § 331 (Vorteilsnahme) oder § 333 (Vorteilsgewährung) des Strafgesetzbuches unterliegt. Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

4.3 Erweiterung der Zuständigkeit bei Personalentscheidungen

Der den Sitzungsunterlagen beigefügte Antrag des Vorstandes wird von Rüdiger Blaschke erläutert. Der Beschlussvorschlag lautet:

Die Vereinigung fordert die Landesregierung und den Landtag auf, die §§ 55 und 65 der Gemeindeordnung und § 51 der Kreisordnung jeweils in den Abs. 1 Nr. 4 dahingehend zu ändern, dass die Bürgermeisterin/der Bürgermeister bzw. die Landrätin/der Landrat auch für die Personalentscheidungen für Inhaberinnen oder Inhaber von Stellen zuständig ist, die der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister bzw. der Landrätin/dem Landrat unmittelbar unterstellt sind und Leitungsaufgaben erfüllen. Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

4.4 Eignung und Befähigung

Der den Sitzungsunterlagen beigefügte Antrag des Vorstandes wird von Werner Mitsch erläutert: Der Beschlussvorschlag lautet:

Die Vereinigung fordert die Landesregierung und den Landtag auf, dass in dem § 57 Abs. 3 der Gemeindeordnung der Punkt 3 und § 43 Abs. 3 Kreisordnung mit dem Inhalt „Die Bewerberinnen bzw. Bewerber müssen die notwendige Eignung, Befähigung und Sachkunde besitzen und nachweisen“ wieder aufgenommen wird.

In der Diskussion zeigt sich, dass diese Formulierung von zahlreichen Mitgliedern in dieser Form nicht mitgetragen wird. In einigen Wortbeiträgen wird auf die s.Zt. von den Kommunalen Landesverbänden ergänzenden Ausführungen zu der damaligen Rechtslage aber auch auf die hierzu ergangene Rechtsprechung hingewiesen. Eine Vertagung wird wegen des Regelungsbedarfs jedoch nicht als sinnvoll angesehen. Während der Diskussion wird folgender Beschlussvorschlag zum Antrag erhoben:

Der Vorstand wird beauftragt, den vorgelegten Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der damaligen Ausführungen der Kommunalen Landesverbände und ergangenen Rechtsprechung zu präzisieren. Eine erneute Einschaltung der Mitgliederversammlung ist nicht erforderlich.

Diesem Beschlussvorschlag wird bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen zugestimmt.

4.5 Novellierung der Kommunalbesoldungs-Verordnung

Der Vorstand hat in der vorangegangenen Vorstandssitzung auf Anregung von Horst Striebig bemängelt, dass der Entwurf der Verordnung zwar den Kommunalen Landesverbänden, nicht jedoch unserer Vereinigung zur Stellungnahme zugeleitet wurde.

Der Vorstand wird das Land an das abgesprochene Beteiligungsverfahren erinnern. In den Diskussionsbeiträgen wird deutlich, dass eine Anpassung der Einstufung der Bürgermeister/-innen analog der Regelung der Bundesrahmengesetzgebung erwartet wird.

Horst Striebich unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag:

Der Vorstand wird beauftragt, das generelle Beteiligungsverfahren bei allen unsere Vereinigung betreffenden Angelegenheiten beim Land anzumahnen und bei der Stellungnahme zur Novellierung der Kommunalbesoldungs-Verordnung auch die sachgerechte höhere Besoldung der Bürgermeister/innen zu fordern.

Diesem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

4.6 Reduzierung des Beitrages

Detlev Brüggemann beantragt die Reduzierung der Beiträge ab 01.01.2009 auf 24,00 €.

Rüdiger Blaschke erklärt, dass sich der Vorstand wegen der auch künftig anstehenden vielfältigen, z.T. auch kostenaufwendigen Aufgaben dagegen ausgesprochen hat.

Der Antrag auf Beitragsreduzierung wird bei 3 Enthaltungen mit Mehrheit abgelehnt.

Nach Erscheinen des Innenministers werden die ursprünglichen Tagesordnungspunkte 9 und 10 vorgezogen, die lfd. Nummerierung ändert sich entsprechend.

5. Grußworte

Für die Stadt Kaltenkirchen überbringt der Bürgermeister – unser Kollege Stefan Sünwolddt - die Grüße an die Mitglieder und Gäste.

Für die im Landtag vertretenen Fraktionen werden folgende Grußworte überbracht:

- für die CDU durch Herrn MdL Werner Kalinka
- für die SPD durch Herrn MdL Dr. Ralf Stegner
- für die FDP durch Herrn MdL Günther Hildebrand
- für den SSW durch den 2. stellv. Landesvorsitzenden Herrn Heinz-Günter Hergesell

6. Referat des Innenministers Herrn Lothar Hay

Der Innenminister überbringt die Grüße des Kabinetts und geht in einem längeren Referat insbesondere auf folgende Schwerpunkte ein:

Landesentwicklungsplan- Sachstand
Verwaltungsstrukturreform
Finanzbeziehungen

7. Kassenbericht

Der Kassenwart verweist in seinen Ausführungen auf den vorliegenden schriftlichen Bericht.

8. Bericht der Kassenprüfer

Für die Kassenprüfer trägt Janhinnerk Voß den Prüfbericht vor. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Er schlägt der Mitgliederversammlung die Entlastung des Vorstandes vor.

9. Entlastung des Vorstandes

Aufgrund des unter TOP 8 beantragten Vorschlages wird der Vorstand durch die Mitgliederversammlung einstimmig, bei Enthaltung des Vorstandes, entlastet.

10. Haushalt 2008

Der Haushaltsentwurf liegt schriftlich vor und wird vom Kassenwart erläutert. Die Mitgliederversammlung verabschiedet den Haushaltsentwurf einstimmig

Der stellv. Vorsitzende schließt die Versammlung mit einem Dank für die Grußworte und Beiträge der Gäste sowie für die rege Diskussion insbesondere zu den vom Vorstand vorgelegten Anträgen. Gerade diese rege Diskussion bei hoher Beteiligung an der heutigen Mitgliederversammlung zeige dem Vorstand, dass er auf dem richtigen Weg sei. Er verweist noch einmal auf die künftigen Veranstaltungen und bittet sodann zum gemeinsamen Mittagessen.

Rüdiger Blaschke
Vorsitzender

Udo Rust
Schriftführer

Anlage 1 – Anwesenheitsliste ist nur dem Original beigelegt

Anlage 2 - Bericht des Vorsitzenden

Im Rahmen der Mitgliederversammlung am 12. Juni 2008 in Kaltenkirchen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
verehrte Gäste,
zunächst möchte ich in wenigen Sätzen unsere Aktivitäten, insbesondere die der vergangenen Monate in Erinnerung rufen:

- Fortbildung in Altenholz am 20. September 2007 in Altenholz. Auf dem Programm standen die „EU- Dienstleistungsrichtlinie“, die „Kommunale Zukunft von Dataport“ und das Thema „Ist der Brandschutz vor Ort noch sicher?“ Gut besucht von 27 Kolleginnen und Kollegen
- Damper Werkstattgespräche vom 01. bis 02. November 2007 mit den Themen: „Wie geht es weiter mit dem SGB nach Hartz IV, „Was können Führungskräfte von Profisportlern lernen“ und „Veränderungsmanagement zur Zukunftsgestaltung. Auch diese Veranstaltung war wieder gut sehr gut besucht.
- Mit 26 Kolleginnen und Kollegen fuhren wir im Januar nach Berlin. Im Roten Rathaus hatten wir mit Bürgermeister Wowereit ein sehr interessantes Gespräch. Außerdem besuchten wir die Landesvertretung Schleswig-Holsteins, Bundesrat und schließlich die Grüne Woche. Es war eine schöne und interessante Fahrt für alle 26 Teilnehmer. Vorbereitet hat diese Studienfahrt unser Kollege und ehemaliger Vorsitzende Bruno Egge, den wir vom Vorstand gebeten habe ähnliches gerne zu wiederholen. Für 2009 bereitet er eine Fahrt nach Brüssel vor.
- Am 22. Mai besuchten wir den Flughafen Fuhlsbüttel. Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Herr Eggenschwiler, ließ es sich nicht nehmen, uns persönlich zu begrüßen und uns ganz aktuell über den Flughafen und seine Bedeutung für das Umland zu informieren, wobei es auch um die Belastung für das nähere Umfeld ging. Eine sehr interessante Veranstaltung, zu der sich 40 Kolleginnen und Kollegen verbindlich angemeldet hatten. Es kamen jedoch nur knapp 20. Das war insbesondere für Kollegen Egge, der auch diese Veranstaltung vorbereitet hatte, unangenehm. Für die Zukunft bittet der Vorstand um etwas mehr Verbindlichkeit. Dies sind wir nicht nur unseren Kollegen, die die Veranstaltungen vorbereitet haben, schuldig, sondern auch unseren Gastgebern, die zumeist mit der ersten Garnitur aufwarten. Also, macht uns das Leben bitte etwas leichter.
- Vor einer Woche fand in Altenholz eine Fortbildung zum Thema Korruptionsprävention statt. Als Gäste konnten wir den Korruptionsbeauftragten der Landesregierung, Herrn Landespolizeidirektor a.D. Wolfgang Pistol und die Oberstaatsanwältin Birgit Hess begrüßen. Es war ein sehr interessanter Vormittag, der auch von der Landeszeitung und den Kieler Nachrichten pressemäßig positiv aufgegriffen wurde.
- Für den 09. Oktober dieses Jahres haben wir zur Veranstaltung „Kommune im Wandel“ nach Itzehoe eingeladen. Zum Einen geht es um die Konversion einer Industriebrache im Rahmen von Stadtumbau West zum anderen werden wir die

Großdruckerei Prinovis besichtigen – dort werden u.a. der Stern und der Spiegel gedruckt – . Abends haben wir eine Weinprobe im historischen Weinhaus Pfingsten. 31 Kolleginnen und Kollegen haben sich angemeldet, eine gute Zahl.

- Und dann wieder die Dampfer Werkstattgespräch vom 06. bis 07. November dieses Jahres, zu denen ich schon heute herzlich einlade. Das Programm steht mit den folgenden Schwerpunkten: „ALDI, LIDL & Co. Strategien deutscher Lebensmitteldiscounter“, als Referenten Prof. Dr. Ulrich Jürgens von der Universität Siegen und Herr Norbert Schlick, Landesplanung SH, „WEB 2.0 – Chancen für die Kommunen“. Vortragend wird Arnd Layer von IBM Deutschland. Und als weiches Thema wird Claudia Ludwig referieren über „Wir können alles, wenn wir es nur wollen. Warum wollen wir dann nicht?“ Ich bin gewiss, dass wir wieder sehr interessante Dampfer Werkstattgespräche haben werden.

An dieser Stelle noch ein Hinweis aufgrund der immer wieder aufkommender Rückfragen von Kollegen, wer für die Kosten der Veranstaltungen und den Mitgliedsbeitrag aufkommen sollte.

Die Auffassung des Vorstandes dazu ist folgende:

- Die VHBL SH ist eine gemeinnützige berufsständische Vertretung. Der Mitgliedsbeitrag ist deshalb persönlich von den Mitgliedern zu zahlen und kann aufgrund der Gemeinnützigkeit Steuer mindernd über die persönliche Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden.
- Unsere Veranstaltungen sind Fortbildungen, die im dienstlichen Interesse stehen. Die Kosten hierfür sollten vom Dienstherrn übernommen werden. Dies gilt natürlich nur für die aktiven Kollegen. Für die pensionierten Kollegen besteht durchaus die Möglichkeit, auch die Fortbildungskosten Steuer mindernd geltend zu machen.

Als Vorstand hatten wir seit der letzten Mitgliederversammlung 10 Vorstandssitzungen. Darüber hinaus haben wir in den vergangenen Monaten ganz bewusst unsere Lobbyarbeit intensiviert.

So haben wir unseren Innenminister und inzwischen fast alle Landtagsfraktionen besucht. Zu den Grünen gehen wir Anfang nächster Woche. Außerdem führten wir Gespräche mit allen Geschäftsführern der kommunalen Spitzenverbände.

Wir machten deutlich, dass wir uns als berufsständische Vertretung der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte verstehen. Die Themen, die wir ansprachen, sind sehr vielseitig. Sie reichen von der Stellung der direkt gewählten Landräte und Bürgermeister, über Fragen der Wahlkampffinanzierung, Besoldung, Pensionierung, Versorgung, Sponsoring, bis hin zu Nebentätigkeiten. Einiges wird von mir im Folgenden kurz angerissen werden.

Unter dem Tagesordnungspunkt „4. Anträge“ möchten wir gerne einige unserer Anliegen zur Abstimmung stellen, um so mit noch mehr Nachdruck unsere Interessen zu vertreten. An den Anträgen wird sehr deutlich, dass unsere Interessen ganz eng verwoben sind mit den Interessen der Kommunen, in denen und für die wir tätig sind.

Wir haben gerade eine Kommunalwahl hinter uns. Die beiden großen Volksparteien CDU und SPD mussten herbe Verluste einstecken. Die Wahlbeteiligung ging auf ein Rekordtief von 49,5 %. Zur Erinnerung: 1994 lag sie bei 70,4 %, 1998 bei 62,8 %, 2003 noch bei 54,5 % und in diesem Jahr, wie schon gesagt bei 49,5 %. In meiner Stadt Itzehoe lag sie sogar mit 37,4 % 12 % unter dem Landesdurchschnitt und 5 % unter der Wahlbeteiligung bei unserer letzten Bürgermeisterwahl. Wenn die Höhe der Wahlbeteiligung ein Kriterium für die Abschaffung

der Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten sein sollte, dann müsste man in Itzehoe jedenfalls eher an die Abschaffung der Kommunalwahl denken, könnte man mit etwas Zynismus behaupten.

Ist die Wahlbeteiligung ein Spiegel der Politikverdrossenheit, von der allenthalben geredet wird. Nein, das glaube ich nicht. Ich teile viel mehr die Auffassung von Herbert von Arnim, dass wir es mit einer Parteienverdrossenheit zu tun haben. Von Arnim stellte jüngst die Behauptung auf, dass Deutschland keine echte Demokratie mehr ist. Und er hat einen Prominenten Mitstreiter, Günter Grass, der unsere Demokratie als gefährdet ansieht. Lobbyismus präge zunehmend die Politik. Aufgrund der geringen Mitgliederzahlen der Parteien im Verhältnis zur Bevölkerung herrschen nur Wenige über das Land. Statt einer Demokratie haben wir die Tendenz zur Oligarchie. Oligarchie ist „die Herrschaft der Wenigen, die diese Herrschaft zum eigenen Vorteil ausnutzen.“

Diese Wenigen sorgen sich also weniger um das Ganze als um ihre eigenen Interessen. Wenn man bei einer Wahl seinen politischen Posten halten können, sieht man die Wahl schon als Erfolg an, egal, wie das Ergebnis aussieht.

Beispielhaft dafür, dass Parteiinteressen mitunter ganz deutlich über dem öffentlichen Interesse stehen, ist für mich die Abschaffung der hauptamtlichen Bürgermeister in den Städten und Gemeinden von 5000 bis 8000 Einwohnern unter dem Überschrift der „Verwaltungsstrukturreform“.

Wie war das eigentlich mit den hauptamtlichen Bürgermeistern?

Als ich vor 15 Jahren hauptamtlicher Bürgermeister der etwa 6000 EW zählenden Gemeinde Hohenlockstedt wurde, war ich als parteiloser Bürgermeister eher noch ein Exot. Mit der Einführung der Direktwahl 1998 änderte sich das sehr schnell. In kurzer Zeit wurden durch Neuwahlen viele Kollegen durch parteilose Kandidaten ersetzt. In den sieben hauptamtlich verwalteten Städten und Gemeinden im Kreis Steinburg beispielsweise gab es sehr bald keinen parteigebundenen Bürgermeister mehr. Ein Desaster für unsere etablierten großen Parteien. Man hatte Macht und Einfluss in den Rathäusern verloren. Die Abschaffung der Direktwahl wurde ins Gespräch gebracht. Auch mein Bürgervorsteher, mit dem ich mich recht gut verstehe, brachte vor zwei Jahren im Rahmen einer CDU-Landesversammlung den Antrag ein, die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte wieder abzuschaffen. – Vergeblich –. Die Parteistrategen hatten längst erkannt, dass dies dem Bürger und somit dem Wähler nicht zu vermitteln wäre. Die Lösung, wie die Bürgermeisterposten wieder in Parteihand kommen könnten, lag auf der Hand: Ehrenamtliche Bürgermeister werden vom Rat gewählt.

In einer Mittelstadt einen ehrenamtlichen Bürgermeister zu installieren, passt allerdings nicht. Aber als Grauzone wurden die Kommunen von 5000 bis 8000 Einwohnern ausgemacht. Hier kann man dem Bürger, der allgemein nicht so recht weiß, was in den Rathäusern von den Bürgermeistern alles zu leisten ist, die Ehrenamtlichkeit noch verkaufen. Und so ist es geschehen. Und die parteipolitische Welt ist wieder in Ordnung! Denn der Bürgermeister wird in der Regel wieder von der Mehrheitsfraktion im Rat gestellt.

Aber schauen wir uns einzelne Kommunen an, so ist das Bild der heilen Welt schon wieder gekippt: Kellinghusen zum Beispiel, über 8000 Einwohner, hat freiwillig auf den hauptamtlichen Status verzichtet und darauf als Sitzstadt die Geschäfte des neuen Amtes Kellinghusen zu führen. Während in den letzten fünf Jahren die CDU die herrschende Größe im Rat war, gefolgt von der SPD, rutschten die CDU von 10 auf 5 Sitze, die SPD von 6 auf 4, die FDP von 2 auf 1 ab. Die alteingesessene Wählergemeinschaft schaffte einen Sitz mehr und kam von 3 auf 4 Sitze. Und eine ganz neue Wählergemeinschaft, gerade ¼ Jahr alt,

startete mit 10 Sitzen ganz fulminant durch. Die beiden Wählergemeinschaften haben zusammen 14 Sitze und damit die klare Mehrheit gegenüber den 10 Sitzen der bislang unangefochtenen Volksparteien.

Da kann mir doch keiner erzählen, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wüssten nicht, was sie tun.

Das Wahlergebnis in Kellinghusen ist in meinen Augen die Antwort der Bürgerinnen und Bürger auf den Ausverkauf ihrer Stadt zur amtsangehörigen Landgemeinde.

Viele Bürgerinnen und Bürger spielen nicht mehr mit und zwar von Kellinghusen bis Flensburg.

Und wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht zur Wahl gehen, dann kann man dieses Verhalten nicht mit Wählerschelte abtun. Dafür gibt es ein „Warum“. Wenn sich so viele Bürgerinnen und Bürger entscheiden, nicht zur Wahl zu gehen, dann sind mit Sicherheit viele dabei, die sich ganz bewusst dafür entschieden haben, ganz in persönlicher politischer Freiheit!

Wir alle müssen darum Ringen, die Bürgerinnen und Bürger wieder zurück zu gewinnen zu einem aktiven demokratischen Verhalten, wenigstens zur aktiven Ausübung des Wahlrechtes. Es geht schließlich darum, den gewählten Mandatsträgern eine nachvollziehbare politische Legitimation mit auf den Weg zu geben. Und es geht auch darum, dass sich bei geringer Wahlbeteiligung extreme Gruppierungen eher durchsetzen, was nicht im allgemeinen Interesse sein kann.

Für die Kirche heißt es, dass Sekten die Insekten an den Faulstellen der Kirche sind. Dieses Bild kann durchaus auf den Staat übertragen werden:

Extremen Gruppierungen kommen die Faulstellen in unserem Staat nur recht!

Das muss uns doch zu denken geben und zum Handeln zwingen!

Durch die Umwandlung der Gemeinden und Städte von 5000 bis 8000 Einwohnern in Kommunen mit ehrenamtlichen Bürgermeistern hat man zwar den parteipolitischen Einfluss auf den nun ehrenamtlichen Bürgermeisterposten zurückgewonnen, dabei aber die betroffenen Kommunen deutlich und dauerhaft geschwächt. Auf der Strecke bleibt die Fläche, der ländliche Raum, wo Städte wie Marne und Meldorf, Gettorf und Laboe, Wilster, Kellinghusen und Hohenlockstedt wichtige kommunale Schwerpunkte darstellten. Deren hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister konnten sich für ihre Kommune und damit auch für den sie umgebenden ländlichen Raum sehr viel intensiver einsetzen, als dies Ehrenamtlern aus der Natur der Sache möglich ist. Und das sage ich bei aller persönlicher Wertschätzung des Ehrenamtes. Aber dem Ehrenamt sind Grenzen gesetzt, zeitlich und kräftemäßig.

10 Jahr war ich Bürgermeister in Hohenlockstedt. Mein ehrenamtlicher Nachfolger, Benno Dietrichsen, ist Rentner. Wir sind des Öfteren, auch als Bürgermeisterkollegen, zusammen. Mein Kollege Benno sagt, wäre er nicht Rentner, könnte er den Job in Hohenlockstedt gar nicht machen. Das würde er nicht schaffen. Und das kann ich nur unterstreichen. Gut vier Stunden täglich ist er im Rathaus, und das, obwohl die Verwaltung vom neuen Amt Kellinghusen geführt wird. Darüber hinaus noch diverse Termine und Repräsentationen. Nur als Rentner ist das zu schaffen, so seine feste Überzeugung. Und das habe ich auch schon von einer Reihe anderer ehrenamtlicher Kollegen aus dem Land gehört, die ebenfalls ihr Altenteil im Rathaus verbringen.

Das Bürgermeisteramt für Rentner. Man könnte behaupten, die Landesregierung habe den demographischen Wandel zur Rentnerdemokratie, von der Altbundespräsident Roman Herzog

Weiß man in Kiel eigentlich, wie wir unsere Aufgaben erledigen und wo uns der Schuh drückt.

Warum kann ich als Bürgermeister oder Landrat nicht über meine Mitarbeiter eigenständig entscheiden? Worum brauche ich dafür einen Beschluss des Hauptausschusses?

Mit der Einführung der Direktwahl der Bürgermeister hätte eine deutliche Stärkung dieses wichtigen Amtes einhergehen müssen. Statt einer kastrierten Bürgermeisterverfassung hätte es eine Kommunalverfassung im Sinne der süddeutschen Ratsverfassung geben müssen. Dort ist der Bürgermeister seiner Direktwahl gemäß auch Vorsitzender des Rates und mit angemessenen Befugnissen ausgestattet. In Schleswig-Holstein hingegen sitzt er im Hauptausschuss ohne Stimmrecht. Die Mitgliedschaft zwingt ihn quasi zur Teilnahme an den Sitzungen, was nicht wenige unserer Kolleginnen und Kollegen als diskriminierend empfinden.

Der Erwartungsdruck der Bevölkerung auf den Bürgermeister ist aufgrund der Direktwahl nach wie vor sehr groß. Und die Enttäuschung ist um so größer, wenn erlebt wird, wie wenig die direkt gewählte Person im Grunde ausrichten kann. Bürgermeisterwahlkämpfe sind zum Teil schon grotesk, wenn man hört, welche leeren Versprechen die Kandidaten machen, nein machen müssen, um überhaupt erst einmal gewählt zu werden.

Hier muss nachgebessert werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, ich habe, so denke ich, ausreichend Stoff für eine angeregte Diskussion geliefert und vielleicht auch ein paar Anstöße für die Grußworte unserer Gäste. Ich bin gespannt darauf.

Bevor ich jedoch zum Punkt „4. Anträge“ weiterleite möchte ich zum Abschluss meiner Ausführungen noch eine gute Nachricht weitergeben:

Bürgermeister genießen ein hohes Ansehen in der Bevölkerung und haben Freude an ihrem Amt!

So das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung, des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unter den Stadtoberhäuptern und Bürgern. Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages und Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sehen in der großen Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ein erfreuliches Zeichen der Verbundenheit der Menschen mit ihrer Stadt oder Gemeinde.

Auf dieses Vertrauen sollte man setzen und den Bürgermeistern durchaus ein Mehr an Verantwortung zutrauen. Wir werden dem gerecht!

Landes und Kommunalpolitik müssen alles daran setzen, dass die in der Umfrage deutlich gewordene Verbundenheit mit der Kommune, die sich am Amt des Bürgermeisters fest macht, nicht auch noch auf der Strecke bleibt.

Vor 2 Wochen besuchte ich das KGSt.-Forum in Bremen. Eine Kernaussage kam in den verschiedenen Foren immer wieder zur Sprache. Sie lautet: Wir müssen in unseren Rathäusern und Verwaltungen von einer Kultur des Misstrauens zu einer Vertrauenskultur kommen. Wichtiger als die Organisation oder Struktur einer Verwaltung sei die Frage, wie man miteinander umgeht.

Weitgehend ist leider Misstrauen verbreitet: Zwischen den Bürgern und der Politik, wie das aktuelle Ergebnis der Kommunalwahl zeigt. Aber auch das Miteinander von Ehrenamt und Hauptamt ist allzu häufig von Misstrauen geprägt. Die Bürger nehmen das wahr. Sie wollen nicht, dass in den Rathäusern gestritten wird, sondern dass man dort für die Kommune arbeitet in gutem Miteinander von Ehrenamt und Hauptamt.

Eine Kultur des Misstrauens ist für unsere Arbeit äußerst schädlich.

Die Bertelsmannumfrage zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger jedenfalls uns Bürgermeistern großes Vertrauen entgegenbringen. Darauf können wir aufbauen, darauf sollten wir aufbauen und darauf müssen wir aufbauen.